

Dall sich in der BRD ein neues DDR-Bild herausbildet und seine Konturen immer deutlicher werden, ist ein Vorgang von historischer Bedeutung. Wir werden jedoch gut daran tun, zu keiner Zeit zu übersehen, daß die Existenz der DDR als sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern den herrschenden Kreisen der BRD stets ein Dorn im Auge bleiben wird. Diese Kreise befinden sich immer wieder in einem Zwiespalt der Gefühle. Sie können es einfach nicht vermeiden, daß sich die internationalen Positionen der DDR unablässig festigen. Im Grunde genommen paßt ihnen also die ganze Richtung nicht. Sie kommen andererseits nicht um die Tatsache herum, daß die Herstellung gutnachbarlicher Beziehungen zwischen der DDR und der BRD die gegenseitige Achtung und Anerkennung der souveränen Rechte der beiden deutschen Staaten zueinander voraussetzt.¹⁾

In einem Zwiespalt der Gefühle befindet sich gegenwärtig die ganze Schar der bürgerlichen und sozialreformistischen Politiker und Theoretiker der BRD vor allem in bezug auf die Auffassungen von der Nation. Jahrzehntelang versprochen sie der BRD-Bevölkerung die Vereinigung in „Frieden und Freiheit“. Diese Konzeption des Zurückrollens des Sozialismus in der DDR und ihrer Einverleibung in die BRD ist unwiderruflich gescheitert. Dadurch sind aber auch jene Politiker und Theoretiker in eine Sackgasse geraten, die die bürgerliche Theorie von der Nation speziell auf diese Variante imperialistischer Politik eingestellt hatten. Ohne nun die Substanz ihrer Auffassungen und Ziele preisgeben zu müssen und zu wollen, versuchen diese Politiker und Theoretiker die bürgerliche Konzeption von der Nation den gegenwärtigen Bedingungen anzupassen. Diese Anpassung geht zwiespältig und differenziert vor sich, was unsererseits in der ideologisch-theoretischen Auseinandersetzung unter den Bedingungen der sich durchsetzenden Beziehungen der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten mit unterschiedlichen sozialen Systemen zu beachten ist.

Im Widerspruch zum Völkerrecht

Ein besonders eifriger Verfechter der gescheiterten Variante imperialistischer Politik war und ist neben Franz-Joseph Strauß Johann Paptist Gradl. Er schrieb vor einiger Zeit: „Nachdem wahr geworden ist, was zunächst niemand für möglich gehalten hat – drei ÷ fünf Jahre Zerreißung und Auseinanderentwicklung –, genügt es nicht, Deutschlandpolitik nur aktuell zu gestalten. Ihr eigentliches Ziel, die staatliche Einheit, verlangt auch eine Langzeitpolitik, die auf eine fernere Zukunft angelegt ist.“²⁾

In der Nachkriegsentwicklung gehörte Gradl zu jenen, die die Westzonen von deutschen Nationalverbänden abspalteten, den Imperialismus restaurierten und die kapitalistische Nation in der BRD konservierten. Also alles für die Zerreißung und Auseinanderentwicklung taten. „Das deutsche Monopolkapital vollendete seinen nationalen Verrat, indem es im Interesse der Rettung und Wiederherstellung seiner eigenen Klassenherrschaft Deutschland und das deutsche Volk spaltete. Es bildete den westdeutschen Separatstaat und ketzte ihn durch die Pariser Verträge an die Interessen der imperialistischen Westmächte, vor allem der USA.“³⁾ Nachdem nun die BRD und die DDR sozialpolitisch und völkerrechtlich voneinander vollständig abgegrenzt sind, verlagert Gradl die Verwirklichung des Bonner Alleinvertragsanspruchs in die fernere Zukunft. Von hier aus versucht er dann eine Verpflichtung auf die Einheit der Nation zu postulieren. „Wenn eine zwiespältige Vollmitgliedschaft in den Vereinten Nationen nicht als internationale Manifestation endgültiger deutscher Spaltung verstanden werden soll, und wenn der Grundvertrag in das Bewußtsein des deutschen Volkes nicht als ein Vertrag eingehen soll, der die Teilung im Grunde festlegt, dann müßten beide deutsche Seiten zu einer entsprechenden gemeinsamen positiven Aussage kommen.“⁴⁾ Dieses Postulat sei „die beiderseitige Verpflichtung auf die Einheit der Nation und auf die Zusammengehörigkeit des deutschen Volkes.“⁵⁾ Selbstverständlich ist nicht die Mitgliedschaft der DDR und der BRD in der UNO zwiespältig, sondern die Auffassung Gradls darüber. Die Argumentation der Linie Gradls ist bekannt. Das deutsche Reich besteht rechtlich als Staatsnation weiter, und die staatliche Spaltung habe diesen Zustand nur zeitbedingt auf. Folglich sind die beiden Staaten „Gliedstaaten“ eines angeblich größeren Ganzen und ihre historische Existenz ist auf eine fiktive Einheit der Nation mit dem Ziel bezogen, wieder „Staatsnation“ zu werden. Hierdurch wird dem Volk der DDR zwar das Recht auf selbständige Existenz zugebilligt, aber die unwiderrufliche Wahl zugunsten des Sozialismus zieht man zugleich in Zweifel, was im Widerspruch zum Völkerrecht steht. Das Völkerrecht bestätigt nicht einfach, daß das Recht der Nationen auf Selbstbestimmung das Recht auf selbständige Existenz ist, sondern das Recht auf die Wahl der gewünschten gesellschaftspolitischen Ordnung. Das Volk der DDR hat das Recht auf nationale Selbstbestimmung verwirklicht, indem es den Sozialismus errichtete und sich als sozialistische Nation deutscher Nationalität konstituierte. Auf Grund der historischen Umstände wandelte sich die Lösung des Widerspruchs zwischen dem Monopolkapital und der Mehrheit des deutschen Volkes von einer gesamtdeutschen Aufgabe zu einer inneren Aufgabe der Werktätigen, besonders der Arbeiterklasse der BRD. Hieraus ergeben sich drei Feststellungen: Erstens. Die nationale Frage Deutschlands, wie sie unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg auf der Tagesordnung stand, existiert nicht mehr. Zweitens. Im Ergebnis der erfolgreichen Durchführung der volkdemokratischen Revolution in der DDR wurde hier die nationale Frage im Sinne der Überwindung des Imperialismus und Kapitalismus gelöst. Ihr Inhalt ist jetzt und in Zukunft die Gestaltung unserer nationalen, zwischennationalen und internationalen Beziehungen auf der Grundlage des Sozialismus innerhalb der sozialistischen Staatengemeinschaft. Drittens. Der Inhalt der nationalen Frage der BRD ist die Lösung des Widerspruchs zwischen dem Monopolkapital und der Mehrheit des Volkes durch die Überwindung des Imperialismus.

Zwei Staaten - unumstößliche Realität

Unigens wird selbst im Lager der bürgerlichen und sozialreformistischen Theoretiker der BRD folgendes eingeschätzt: „Das Festhalten der CDU/CSU an der juristischen Fiktion der Einheit Deutschlands mag nicht zuletzt auch darin seine Ursache haben, daß diese Parteien, als sie selbst die Regierung stellten, sich nie ernsthaft darum bemüht hatten, die Auseinanderentwicklung der beiden Teile Deutschlands wissenschaftlich zu verfolgen und sich dadurch die tatsächlichen Zustände der Nation bewußt zu werden.“⁶⁾ Gebhard Schweigler – von dem die zitierte Einschätzung stammt – bezeichnet die genannte Fiktion als fragwürdig und lächerlich zugleich.⁷⁾ Er versucht im Unterschied zu Gradl die bürgerliche Theorie der Nation, besonders die Auffassung von der Staatsnation der sozialpolitischen und völkerrechtlichen Abgrenzung zwischen der DDR und der BRD anzupassen. Schweigler schreibt: „Historisch betrachtet ist es sicherlich richtig, daran festzuhalten, daß die deutsche Staatsnation am 8. Mai 1945 unterging (und nicht etwa am 21. Dezember 1972 mit der Unterzeichnung des Grundvertrages, wie es die Gegner dieses Vertrages so gerne behaupten); es wurden an diesem Tag nicht nur die Weichen für spätere Entwicklungen gestellt, sondern auch das Deutsche Reich überhaupt aufgelöst.“⁸⁾ Die Erklärung der BRD-Regierung vom 11. Januar 1970 interpretiert Schweigler dann auch wie folgt: „Damit hatte eine westdeutsche Regierung zum ersten Mal offiziell die Nicht-Existenz Deutschlands als Staatsnation bestätigt.“⁹⁾ Für diese bestimmte Gruppe bürgerlicher und vor allem sozialreformistischer Theoretiker bildet die Existenz zweier deutscher Staaten den Ausgangspunkt für zwei Folgerungen:

Erstens. Die Konzeption von der „einheitlichen deutschen Staatsnation“ ist politisch und theoretisch nicht mehr haltbar.

Zweitens müsse man unter diesen Umständen „nationale Gemeinsamkeiten nicht-institutioneller Art“¹⁰⁾ retten. Nachdem die DDR und die BRD völkerrechtlich vollständig von einander abgegrenzt sind und wie „Mehrweltmächte verschiedener Institute der BRD besagen, daß das Bestehen zweier deutscher Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung auch in der Bundesrepublik als das betrachtet wird, was es seit langem ist: eine unumstößliche Realität, die man nicht übersehen kann und auch nicht übersehen will.“¹¹⁾ verlagern Gebhard Schweigler, Peter Christian Ludz und andere die Nation in die Welt der Gefühle, der Psyche, der Mentalität und der Kultur. Schweigler verkündet ganz offen: „Das Ziel ist: „nationale Gemeinsamkeiten nicht-institutioneller Art – also vor allem Wissen übereinander und Verhaltensweisen im Verhältnis miteinander – am Leben zu erhalten und dadurch eine Bestätigung der Nation zu sichern.“¹²⁾ Diese „Restsubstanz“ sei die „Nation als Willens-, Gefühls- und Schicksalsgemeinschaft des Volkes und als Kulturnation. Unter den Bedingungen der sich durchsetzenden politischen Entspannung wird zur Manipulierung eines antikomunistischen und nationalistischen DDR-Bildes in der BRD und zur ideologischen Unterwanderung des Sozialismus in der DDR die bürgerliche ideologisch-kulturelle Theorie der Nation gegenwärtig aufgewertet und

Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie

Klasse, Staat, Nationalität und Nation
Schlußteil

KRITIK DER BÜRGERLICHEN AUFFASSUNGEN VON DER NATION

Von Prof. Dr. sc. Georg Harder
Franz-Mehring-Institut der KJWU

in den Mittelpunkt gestellt. Was ist das Wesen dieser Theorie? Mit ihr wird eine Auffassung von der Nation außerhalb der Klassen, Gesellschaftsordnungen, Staaten usw. konstruiert. Dadurch soll erreicht werden, einerseits von der Existenz zweier deutscher Staaten abgesehen zu können und andererseits die „Einheit der Nation“ im Denken und in Gefühlen zu erhalten. „Willy Brandt“ – so schreibt K. H. Janßen, „hält das Zusammengehörigkeitsgefühl (Sprache, Kultur, gemeinsam erlebtes Schicksal) ungeachtet der staatlichen Trennung für stark genug, die Nation am Leben zu erhalten, auch wenn Wege zur Wiederherstellung ihrer Einheit nicht zu sehen sind.“¹³⁾ Hierbei wird behauptet, die Nation sei „eine Gefühls-, Willens- und Schicksalsgemeinschaft eines Volkes“. Die Tatsache, daß in den Nationen des Kapitalismus – so auch in der Nation der BRD – sich unversöhnliche Klasseninteressen widerspiegeln, wird eliminiert. Dadurch wird erst gar nicht die Frage nach der sozialen Funktion der Sprache, der Psyche und der Kultur innerhalb der kapitalistischen Nationen und innerhalb der sozialistischen Nationen gestellt. Es wird etwas Übergreifendes, sogenannte allgemeins menschliches, unterstellt.

Die Phrase von der „Kulturnation“

Das kommt besonders deutlich in der bürgerlichen und sozialreformistischen Auffassung von der „Kulturnation“ zum Ausdruck. In ihr werden in der Regel vier Aspekte erfaßt:

Erstens die „gemeinsame Geschichte“,

zweitens die „gemeinsame Sprache“,

drittens „gemeinsame Verhaltensweisen“ und

viertens „gemeinsame psychologische Orientierungen“. Wie bereits in den vorangehenden Teilen meiner UZ-Serie betont wurde, entwickeln sich auf dem von Potsdamer Abkommen festgelegten territorialen Bestand des ehemaligen kapitalistischen Deutschlands zwei sozial unterschiedliche Nationen deutscher Nationalität in zwei Staaten mit gegensätzlichen sozialen Systemen. Im Grundlagenvvertrag zwischen der DDR und der BRD wurde die Unverletzlichkeit der territorialen Integrität beider Staaten in ihren gegenwärtigen Grenzen völkerrechtlich verbindlich festgelegt. Die sozialistische DDR und die kapitalistische BRD haben ein gegensätzliches Verhältnis zur deutschen Geschichte. Die DDR ist als sozialistische Nation und als sozialistischer Staat die Fortsetzung der progressiven Traditionen deutscher Geschichte, besonders der revolutionären Traditionen der deutschen Arbeiterklasse. Die BRD setzt als kapitalistische Nation und als kapitalistischer Staat die reaktionären Traditionen deutscher Geschichte fort. Innerhalb der BRD knüpft der bewußteste Teil der Werktätigen an die revolutionären Traditionen der deutschen Arbeiterklasse und der DDR an. Der Begriff „gemeinsame“ Geschichte besagt nur, daß die deutsche Arbeiterklasse vor 1945 sich in der Nation des Kapitalismus entwickelte und gegen die deutsche Bourgeoisie kämpfte. Unter dem Gesichtspunkt, daß die deutsche Geschichte eine Geschichte von Klassenkämpfen war, ist der Begriff „gemeinsame“ Geschichte nicht haltbar. Auch der Begriff „gemeinsame Sprache“ drückt etwas Fragwürdiges aus. Natürlich ist der grammatische Bau von Nationalsprachen – so auch der deutschen – einheitlich, zumal Nationalsprachen vereinheitlichte Sprachen sind. Und in der Regel ist die Einheitlichkeit des grammatischen Baus über lange historische Perioden wenigen Veränderungen unterworfen. Diese Einheitlichkeit einer Sprache schließt aber nicht aus, daß sie Merkmal mehrerer Nationen sein kann. Nun bildet aber die Sprache zugleich ein gesellschaftliches Kommunikationsmittel und insofern übt die Sprache eine soziale Funktion aus, die durch die sozialen Verhältnisse bestimmt wird. Schon im Kapitalismus prägt die Arbeiterklasse eine andere Lesart (Diktion) der Nationalsprache als die Bourgeoisie. Vielmehr ist das noch der Fall, wenn die Arbeiterklasse im Bündnis mit den anderen werktätigen Klassen und Schichten die politische Macht erobert und den Sozialismus errichtet. Die soziale Funktion der deutschen Sprache in der Gegenwart ist nicht aus ihrer grammatischen Einheitlichkeit ableitbar und bestimmbar, sondern aus den sozial-politischen Verhältnissen in der DDR einerseits und in der BRD andererseits. Innerhalb der DDR bildet die deutsche Sprache ein gesellschaftliches Kommunikationsmittel der Werktätigen, die unter Führung der Arbeiterklasse die entwickelte sozialistische Gesellschaft gestalten und sich zur sozialistischen Nation formieren. Insofern entwickelt sich hier die deutsche Sprache als Merkmal der sozialistischen Nation der DDR. Innerhalb der BRD drückt die soziale Funktion der deutschen Sprache aus, daß sie einerseits Kommunikationsmittel der herrschenden Kreise zur Manipulierung der Werktätigen ist und andererseits ein Kommunikationsmittel der bewußtesten Teile der Werktätigen im Kampf gegen das Monopolkapital darstellt. Analog verhält es sich auch mit der Nationalität. Die Nationalität deutsch drückt innerhalb der DDR die ethnische Kennzeichnung der sozialistischen Nation aus. Innerhalb der BRD ist sie ethnische Kennzeichnung der kapitalistischen Nation. Eine Nationalität deutsch als ethnische Kennzeichnung einer deutschen Nation existiert deshalb nicht, da die deutsche Nation, wie sie früher existierte, nicht mehr vorhanden ist. Auch Verhaltensweisen und psychologische Orientierungen sind klassenmäßig geprägt. Schon im Kapitalismus äußern die Werktätigen andere Verhaltensweisen und psychologische Orientierungen als die Angehörigen der Bourgeoisie. Wer die klassenmäßigen Kriterien – wie Schweigler, Ludz und andere – fallen läßt, der übersteht sie bezug auf die Kultur, daß bereits im Kapitalismus neben der herrschenden Kultur die proletarische Kultur national und international entsteht, daß es innerhalb der BRD zwei Kulturen – die herrschende sowie demokratische und proletarische Kultur – gibt, daß die sozialistische Nationalkultur der DDR Merkmal der sozialistischen Nation ist und daß die bürgerliche Kultur innerhalb der BRD ein Merkmal der kapitalistischen Nation bildet. Statt dessen unterstellen Schweigler und Ludz eine „doppelte Zukunft Deutschlands“. Einerseits leben die Menschen auf dem deutschen Boden in zwei sozialen Systemen und Staaten und andererseits gebe es noch die „einheitliche deutsche Kulturnation“. Gestützt auf die Arbeit von P. C. Ludz „Deutschlands doppelte Zukunft“. Bundesrepublik und DDR in der Welt von morgen“ erklärt E. Kesthorst in einer Betrachtung für Lehrer, wie die „doppelte Zukunft“ pädagogisch zu verwirklichen sei: „Dies also ist die alle anderen umfassende didaktische Intention (Lehrziel) der Unterrichtreihe; sowohl einen klaren Begriff der vollendeten Staatlichkeit in ihrer je konkreteren Ausprägung der Bundesrepublik und der DDR zu erarbeiten und in eins damit eine national-kritische Identifikation zu ermöglichen, als auch mit dem Schlüsselbegriff Kulturnation das ganze Deutschland im Auge zu behalten und die Bereitschaft zu wecken, die besonderen Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten zu erhalten und zu pflegen.“¹⁴⁾ Der BRD-Student und der BRD-Schüler sollen einerseits von der Existenz zweier deutscher Staaten ausgehen, was ein Fortschritt ist, denn das führt zur Bejahung des Vertrags zwischen der DDR und der BRD, und andererseits sollen die „besonderen Beziehungen“, in einer „einheitlichen deutschen Kulturnation“ erblickt werden, was Nationalismus zur Folge hat. Bekanntlich führt jede klassenindifferente und klassenneutrale Betrachtung der Kultur stets zum Nationalismus, da sie den unverwundlichen Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat, zwischen Kapitalismus und Sozialismus, zwischen kapitalistischer und sozialistischer Nation, zwischen bürgerlicher und sozialistischer Kultur verwischt.

Bei der Konzeption der „Kulturnation“ handelt es sich um eine alte bürgerliche und sozialreformistische Auffassung. Sie wurde von Friedrich Naumann und vor allem von Otto Bauer ausgearbeitet. F. Naumann (1860–1919) begründete die Nation als eine Willens-, Gefühls- und Schicksalsgemeinschaft eines Volkes. Er gründete 1899 den national-sozialen Verein und hatte Beziehungen zu damaligen rechten sozialdemokratischen Führern im kapitalistischen Deutschland. Naumann seinerseits trat 1910 dem von rechten sozialdemokratischen Führern ins Leben gerufenen „Deutschen Werkbund“ – eine Vereinigung von Kapitalisten und Arbeitern zur künstlerischen Gestaltung der Welt der Gebrauchswerte – bei. Naumann war offensichtlich der Auffassung, daß die Welt der Gebrauchswerte im Kapitalismus so zu gestalten ist, daß diese Gesellschaft eine Willens-, Gefühls- und Schicksalsgemeinschaft werden könne. Die FDP der BRD betrachtet Naumann als ihren geistigen Vater, was sich u. a. daran zeigt, daß die FDP-Parteistiftung den Namen Friedrich Naumann trägt.

Zu Beginn unseres Jahrhunderts wurde dann die Auffassung – die Nation sei eine Willens-, Gefühls- und Schicksalsgemeinschaft eines Volkes – von Otto Bauer (1882–1938) an der idealistischen psychologischen Konzeption der Nation weiter ausgebaut. Bauer spielte mit dieser Auffassung in der II. Internationale eine Rolle. Er ist einer der geistigen Väter rechter sozialdemokratischer Führer der BRD und deren Theoretiker, darunter P. C. Ludz. In seiner Arbeit „Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie“¹⁵⁾ schrieb Otto Bauer: „Die Nation ist eine relative Charaktergemeinschaft“.¹⁶⁾

Diese Gemeinschaft bildet „die Summe der Merkmale, die die Menschen der einen Nation von den Menschen einer anderen Nationalität unterscheiden, der Komplex der körperlichen und geistigen Merkmale, der eine Nation von der anderen scheidet“.¹⁷⁾ „Der Charakter der Menschheit ... niemals durch etwas anderes bestimmt als durch ihr Schicksal.“¹⁸⁾ „Die Nation ist nie etwas anderes als Schicksalsgemeinschaft“.¹⁹⁾ Auf diese Weise kommt dann Otto Bauer zu folgendem Begriff der Nation: „Die Nation ist die Gesamtheit der durch Schicksalsgemeinschaft zu einer Charaktergemeinschaft verknüpften Menschen“.²⁰⁾ W. I. Lenin führte in dem „Thesen zum Referat über die nationale Frage“ die Theorie O. Bauers wie folgt zusammen:

- a) Idealistische Theorie der Nation
- β) Lösung der nationalen Kultur (= bürgerlich)
- γ) ein geäußertes, verfeinerter, absoluter Nationalismus ...
- δ) völlige Vernachlässigung des Internationalismus ...

Diese Einschätzung trifft noch heute für die Mehrheit der bürgerlichen und sozialreformistischen Auffassungen von der Nation zu. Sie sind idealistisch, weil sie psychische und kulturelle Eigenschaften bestimmter Gruppen von Menschen zum Dreh- und Angelpunkt der Analyse erheben. Damit bleiben die materiellen Bedingungen, besonders die Produktionsverhältnisse, außerhalb der Betrachtung. Mit der Lösung von der einheitlichen Nationalkultur überdeckt die Bourgeoisie den Gegensatz zum Proletariat, und gegenwärtig wird dadurch der Gegensatz zwischen Kapitalismus und Sozialismus verwischt. Es handelt sich hier deshalb um einen geäußerten, verfeinerten und absoluten Nationalismus, weil die Unterschiede nicht als Gegensatz zwischen den Klassen im Kapitalismus und zwischen Kapitalismus und Sozialismus analysiert werden, sondern die Gruppierung der Menschen wird nach psychischen und kulturellen Eigenarten, nach Nationalcharakter und Nationalbewußtsein vorgenommen. Nicht die klassenmäßigen Unterschiede und Gegensätze, sondern nationale Besonderheiten bilden die entscheidende Grundlage politischer und theoretischer Erörterungen. Aber die Überbetonung nationaler Besonderheiten führt zur völligen Preisgabe des Internationalismus. Die gegenwärtige sozialreformistische Auffassung von der Nation verfolgt uns gegenüber das Ziel, den Prozeß der Annäherung der sozialistischen Nation der DDR an die anderen Brüdernationen in der sozialistischen Staatengemeinschaft zu stören, ein Bewußtsein der ethnischen Zugehörigkeit zur früheren deutschen Nation zu erhalten und nationale Besonderheiten aufzubauschen. Gegenüber den Bürgern der BRD soll mit der genannten Konzeption eine nationalistische Interpretation der Entwicklung der DDR erreicht werden, da das DDR-Bild der fünfziger Jahre nicht mehr glaubhaft erscheint.

... ein Politikum ersten Ranges

„Angesichts des wachsenden Selbstbewußtseins der Bürger der DDR nehmen wir es auch nicht so tragisch“, erklärte Genosse Erich Honecker im Bericht des Politbüros auf der 9. Tagung des Zentralkomitees der SED, „wenn man in der BRD versucht, das sich dort immer stärker herausbildende neue DDR-Bild durch Entstellungen zu trüben, zum Beispiel durch die geradezu absurde Behauptung, die SED versuche, vor dem Gemeinwohl der Geschichte, der Sprache, der Kultur wegzulaufen“. Wir wollen nicht darüber rechten, wer wen weglüft. Unsere Auffassung der Geschichte und Kultur unterscheidet sich von denjenigen der herrschenden Kreise der BRD. Wir betrachten es als ein Politikum ersten Ranges, daß solche großen Humanisten des 20. Jahrhunderts wie Thomas Mann, und Heinrich Mann, Arnold Zweig, Lion Feuchtwanger, Bertolt Brecht, Johannes R. Becher und Anna Seghers die Gründung unserer Deutschen Demokratischen Republik als historischen Neubeginn, als unwiderrufliche Entscheidung gegen die reaktionären Kräfte der Vergangenheit, als eine Wende begrüßten und unterstützen, von der an das Leben unseres Volkes seinen Verlauf in gesellschaftlichem Fortschritt, in friedlicher Arbeit, in Freiheit und Menschenwürde nahm.“²¹⁾

1) 9. Tagung des ZK der SED vom 28./29. 5. 1973, Aus dem Bericht des Politbüros an das ZK der SED, Berlin 1973, S. 10/ 2.) J. B. Gradl: Elemente künftiger Deutschlandpolitik. In: Politik und Kultur 5/6, 1974, S. 3 / 3.) Bericht des ZK an den VIII. Parteitag, Berichterstatter: Genosse Erich Honecker, Berlin 1971, S. 31 / 4.) J. B. Gradl: Elemente künftiger Deutschlandpolitik, A.a.O., S. 6 5.) Ebenda / 6.) G. Schweigler: Nationalbewußtsein in der BRD und DDR, Düsseldorf 1973, S. 20 / 7.) Ebenda / 8.) Ebenda, S. 17 / 9.) Ebenda, S. 19 / 10.) Ebenda, S. 21 / 11.) E. Honecker: Aus dem Bericht des Politbüros des ZK auf der 9. Tagung, A.a.O., S. 17/18 / 12.) G. Schweigler, A.a.O., S. 21 / 13.) K. H. Janßen: Was ist Deutschland? In: Die Zeit, 25. 2. 1972, S. 3 / 14.) E. Kesthorst: Die Teilung Deutschlands und die Entstehung zweier deutscher Staaten. In: Politik und Kultur 3/1974, S. 21 / 15.) O. Bauer: Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie, Verlag Serp 1909 / 16.) Ebenda, S. 6 / 17.) Ebenda, S. 3 / 18.) Ebenda, S. 24/25 / 19.) Ebenda, S. 139 / 20.) W. I. Lenin: Ergänzungsband 1896 – 1917, Berlin 1960, S. 319 / 21.) E. Honecker: Aus dem Bericht des Politbüros an das ZK auf der 9. Tagung, A.a.O., S. 18/19